ARGUMENTATIONSHILFE

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

DIE AFD – EINE RADIKAL RECHTE PARTEI

Stand: 17.2.2016

---

1. UNSERE KERNBOTSCHAFT

Die AfD schürt Ängste und vergiftet mit Hetze und Vorurteilen unser gesellschaftliches Klima. Ihre Politik ist inhuman, diskriminierend und völkisch-national. Ihr Weltbild ist durchzogen von der Abwertung anderer und es missachtet die Menschenwürde sehr vieler Menschen. Die AfD ist gegen die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie gegen die Gleichstellung homosexueller Menschen. Die AfD schürt die gefährliche Fantasie eines kulturell und ethnisch homogenen deutschen „Volkes". Sie steht gegen die Religionsfreiheit und wertet andere Religionen neben dem Christentum ab. Wir lehnen all diese Politikziele der AfD ab und wir halten sie für brandgefährlich. Denn zusammen mit Pegida befeuert die AfD eine radikale Stimmung, in der Brandstiftung, Morddrohungen und Gewalt gegen Menschen zur Tagesordnung gehören. Gegen die Hetze der AfD setzen wir auf Vernunft und Humanität.

2. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die AfD versucht sich als Stimme des gesunden Menschenverstandes gegen ein vermeintliches Meinungskartell aller Parteien und der Medien zu verkaufen. Wichtiges Stilmittel ist – wie bei allen Rechtspopulist*innen - die Inszenierung als Opfer („man darf nicht sagen…", „wer in Deutschland X,Y sagt, wird als rechtsextrem ausgegrenzt", „mit uns redet ja niemand…" etc.).

- Deshalb ist eine offensive Auseinandersetzung mit der AfD angeraten. Ziel dieser Auseinandersetzung muss sein, den rassistischen, anti-pluralistischen und antifeministischen Kern der AfD offenzulegen, der sich hinter der bürgerlichen, konservativen Fassade verbirgt.
- Keine Pauschalbeschreibungen, sondern konkrete Belege für das rechte Weltbild der AfD und dann konkrete Fakten und klare Werte dagegen setzen. („Sie haben xy gesagt. Das ist sachlich falsch. Und es entspricht nicht den Werten von Freiheit und Gleichheit"). Skandalisierungen einzelner Äußerungen, die offen rassistisch oder rechtsextrem sind, sollten auf die Programmatik der AfD bezogen werden, um zu zeigen, dass es sich nicht um Ausrutscher handelt.
- Argumentationsstrategien müssen auf den Einzelfall angepasst werden. Gegenüber sich gemäßigt gebenden Vertreter*innen der AfD empfiehlt es sich, diese als Fassade, Deckmantel für die extremen Strömungen in der AfD zu entlarven und ihnen die radikalen Äußerungen ihrer Parteikolleg*innen entgegenzuhalten. Offen hetzende AfDler*innen sollten mit ihren Aussagen direkt konfrontiert und entlarvt werden.

- Die AfD sieht die Grünen und unser gesellschaftliches Umfeld als einen ihrer Hauptgegner. Ihre Ansichten stehen den unseren diametral gegenüber: Ausgrenzung von Geflüchteten vs. multikulturelle Gesellschaft; Antifeminismus vs. Gleichberechtigung; Homophobie vs. Gleichstellung; antieuropäisch vs. proeuropäisch. Das offensive Eintreten für grüne Werte, für eine offene, gleichberechtigte Gesellschaft ist der Kern unserer Auseinandersetzung mit der AfD.
- Wir Grüne appellieren an alle demokratischen Parteien für eine offene, friedliche Gesellschaft einzustehen und klare Kante zu zeigen gegen Populismus, Hass, Rassismus und Gewalt - und damit gegen die AfD. Die Hetze der AfD darf nicht dadurch gesellschaftsfähig gemacht werden, dass andere Parteien sie übernehmen.

3. DIE AFD – EINE RADIKAL RECHTE PARTEI

Die AfD als Partei proklamiert (noch) keinen verfassungsfeindlichen Systemsturz. Vielmehr ist laut dem Rechtsextremismus-Experten und Autor Alexander Häusler eine "nationalistische Transformation der Demokratie nach rechts" das Ziel. Sie setze auf Begriffe wie Tradition, Kultur, Familie, Religion und Heimat statt auf Rasse und Nation. Dieser "versteckte" Nationalismus gehe einher mit rassistischen Positionen.

Unter der Oberfläche der AfD brodelt es gewaltig. Denn die AfD befindet sich erneut in einem Richtungsstreit. Frontfrau Frauke Petry hat die Scharfmacher am äußersten rechten Rand hoffähig gemacht, jetzt wird sie wie einst AfD-Gründer Bernd Lucke an den Rand gedrängt. **So treten bei Teilen der AfD und wichtigen Führungspersonen rechtsextreme oder völkisch-nationalistische Tendenzen immer offener zu Tage.** Das bekannteste Beispiel ist Björn Höcke. Er zündelt mit offen rechtsextremen Begrifflichkeiten, was in der Partei bis heute toleriert wird. Er verspricht Deutschland „eine tausendjährige Zukunft“. Die sprachliche Nähe zum Tausendjährigen Reich der Nazis ist gewiss kein Zufall, insbesondere bei einem Geschichtslehrer. Er spricht von einem „lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp“, und unterfüttert das mit biologischen Pseudotheorien und Vergleichen mit Tieren. Hier gibt sich der Rassismus keine Camouflage mehr.

Die AfD steht in engem ideologischem und auch politischem Zusammenhang sowohl mit klassisch rechtsextremen Parteien wie der NPD als auch mit gewaltbereiten und gewalttätigen rechten Gruppierungen im Land. Woche für Woche gibt es unter breiter Beteiligung von AfD-Anhängern Pegida- und Legida-Demonstrationen, bei denen es – ebenso wie in den sozialen Netzwerken – immer wieder zu rassistischer Gewalthetze kommt. Aus diesem Umfeld rekrutieren sowohl die AfD als auch die NPD ihre Wählerschaft: jüngsten Studien zufolge würden heute 80 Prozent der Pegida-Anhänger die AfD wählen. Im Januar 2016 rief Tatjana Festerling in Dresden kaum verklausuliert auf AfD zu wählen: „Nein, es gibt keine parlamentarische Stimme, die sich gegen die deutsche Unrechtsregierung erhebt. Die einzige Opposition in Deutschland ist die Straße, das sind wir, das ist Pegida und das ist die AfD.“

Der Berliner Politologe Timo Lochocki sieht die AfD am Scheideweg: Die AfD sei lange Zeit rechtspopulistisch gewesen, komme jetzt aber an einen Punkt, wo die Übergänge zum Rechtsextremismus fließend würden, sagte er den „Stuttgarter Nachrichten". Der Mainzer Politikwissenschaftler Gerd Mielke bezeichnet die AfD als "Vorfeldorganisation" für Pegida und gewaltbereite rechte Gruppierungen. Der Rechtsextremismus-Forscher Hajo Funke hat die derzeitige Radikalisierung in seinen Untersuchungen ebenso belegt: „Petry war im Grunde die Übergangsperson, die dazu benutzt wurde, dem radikalen Flügel zur Macht zu verhelfen." Und der frühere Vize-Vorsitzende der AfD, Hans-Olaf Henkel, erklärt, die AfD sei mittlerweile zu einer „NPD light" geworden. **„Es macht mir Kummer, dass ich mitgeholfen habe, ein richtiges Monster zu erschaffen."**

4. Positionen der AfD

4.1 Flüchtlingspolitik

Der (Wieder-)Aufstieg der AfD ist maßgeblich auf die Diskussion um die Flüchtlingspolitik zurückzuführen. AfD-Vize Alexander Gauland verstieg sich im „Spiegel" darauf, die Not der Geflüchteten „ein Geschenk für uns" zu nennen, der die AfD ihren „Wiederaufstieg in erster Linie" verdanke. Zwar bekennt sich die AfD formal dazu Geflüchteten helfen zu wollen, doch spricht sie zugleich den meisten Geflüchteten ab, überhaupt „echte" Flüchtlinge zu sein und unterscheidet zwischen „passenden" und „unpassenden". Sie schürt massiv Ängste vor hohen Flüchtlingszahlen, sieht die staatliche Ordnung und die nationale wie religiöse Identität durch sie bedroht und wirft allen flüchtlingsfreundlichen politischen Kräften „Verrat an Deutschland" vor. Konkret will die AfD das individuelle Grundrecht auf Asyl abschaffen, jegliche illegale Migration nach Europa unterbinden und Deutschlands und Europas Grenzen schützen – zur Not auch mit Waffengewalt, wie es unter anderen Beatrix von Storch forderte.

Beispiele:

- „Die Einwanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik der etablierten Parteien führt geradewegs in eine soziale Katastrophe." LTW-Programm AfD Sachsen-Anhalt
- „Die AfD spricht Klartext: Fast alle Ankommenden, die auf Dauer zu bleiben gedenken, sind keine „Flüchtlinge". Sie sind nicht an Leib und Leben bedroht…" LTW-Programm AfD BaWü
- „Nach australischem Beispiel sind auf dem Mittelmeer aufgebrachte Flüchtlingsboote in ihre Heimathäfen zurück zu schleppen. Scheidet dies aus Sicherheitsgründen aus, werden die Menschen in mitgebrachten Rettungsbooten dorthin zurückgeschickt, ohne europäischen Boden betreten zu haben." LTW-Programm AfD BaWü

- „Asylanträge sollen grundsätzlich außerhalb der EU gestellt und dort bearbeitet und entschieden werden, um unkontrollierte Zuwanderung zu verhindern. Dafür sind entsprechende Einrichtungen zu schaffen.“ LTW-Programm AfD Sachsen-Anhalt
- „Der Missbrauch des Asylrechts und die Betätigung von Menschenhändlern und Schleusern müssen konsequent bekämpft werden. Die Außengrenze Europas ist wirksam gegen illegale Einwanderung abzusichern. Registrierungsstellen für Asylbewerber sollten schon außerhalb, spätestens aber an den Grenzen der Europäischen Union eingerichtet werden.“ LTW-Programm der AfD in RLP
- Es müsse verhindert werden, dass weiter so viele unregistrierte Flüchtlinge über Österreich einreisen können. Die Polizei müsse "notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen", sagte Frauke Petry. "Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen. Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt."
- „Es ist auch eine Frage, wer zu uns passt. (…) Ich finde es eine überlegenswerte Sache, wenn wir erst einmal die sehr hohe Zahl verfolgter Christen mit einer gewissen Priorität bei uns aufnehmen.“ AfD-Vorsitzender Jörg Meuthen bei Maybrit Illner am 28.01.2016

Entgegnung:

Die AfD steht für eine inhumane Flüchtlingspolitik, die vor dem Leid und der Not der Menschen die Augen verschließt. Sie schürt Ängste und spaltet die Gesellschaft. Ihre populistischen Antworten lassen sich in der Konsequenz nur mit Stacheldraht und Schießbefehl umsetzen. Antworten auf die Frage, wie Fluchtursachen bekämpft, Einwanderung gesteuert und Integration erfolgreich gelingen kann, hat die AfD selbst keine.

Menschen fliehen zu uns vor Krieg und Vertreibung. Ihnen Schutz zu bieten, ist unsere moralische und völkerrechtliche Pflicht. Wir wollen die Menschen nicht auf Rettungsbooten im Mittelmeer aussetzen. Das Argument, alle Flüchtlinge, die bei uns ankämen, seien keine Flüchtlinge mehr, da sie nicht direkt aus Kriegsgebieten kommen, ist ein national egoistisches Argument. Es setzt auf Deutschlands Mittellage in Europa und war die Grundlage des Dublin-Systems. Es sagt: Kriegsflüchtlinge sind das Problem der Nachbarstaaten oder der Randstaaten Europas. Diese Haltung ist zutiefst ungerecht und unsolidarisch.

Ja, es wird anstrengend, ja wir stehen vor großen Herausforderungen. Aber keine der Herausforderungen wird durch Hetze und Hass gelöst. Der Staat muss dafür von Rostock bis Konstanz gleich gute Bedingungen schaffen: Mit Sprachkursen und Bildung, Wohnraum und Arbeit. Wenn wir das gut machen, nutzt es uns allen. Wir wissen, dass Integration anstrengend ist, und allen etwas abverlangen wird – den Menschen, die zu uns kommen ebenso, wie denen,

die schon hier leben. Wir wollen die vor uns liegenden Herausforderungen selbstbewusst und zupackend angehen.

4.2 Integrationspolitik

Die AfD vermeidet in der Regel in offiziellen Texten offenen Rassismus. Sie spricht ihn aber indirekt an über den Umweg der „Kultur". Menschen „fremder Kulturen" ließen sich nicht integrieren, so heißt es dann. Belege gibt es nicht. Die AfD leugnet die großen Integrationserfolge in Deutschland der vergangenen Jahrzehnte und konzentriert sich ausschließlich auf (teils echte, teils eingebildete) Problemgebiete. Denn ihr Horizont ist bestimmt von der Zielvorstellung eines homogenen Volksverständnisses, geprägt von den angeblichen Wertegrundlagen des christlich-abendländischen Kulturkreises. Die allerdings werden nur sehr selektiv befolgt (Menschenrechte, Nächstenliebe, Universalismus etwa spielen keine Rolle). Wie bei allen neuen rechtspopulistischen Parteien äußert sich der Rassismus in pauschalen Angriffen auf den Islam, der nicht zu Europa und Deutschland passe und die nationale Kultur und Identität bedrohe. Rassistische Ausfälle einzelner Mitglieder sind vor diesem Hintergrund keine Ausrutscher.

Beispiele:

- „Sie (Angela Merkel) lockt damit hunderte Millionen Armutsflüchtlinge nach Deutschland. Wird dieser Zustrom nicht gestoppt, so ist das Ende der deutschen und europäischen Kultur besiegelt." LTW-Programm AfD BaWü
- „In zahlreichen Städten, vor allem in westlichen Bundesländern, sind Parallelgesellschaften entstanden. Hier schotten sich schlecht qualifizierte und integrationsunwillige Menschen ab und schaffen mit sozialstaatlicher Unterstützung rechtsfreie Räume." LTW-Programm AfD Sachsen-Anhalt
- „Für mich ist der Islam in seiner jetzigen Form etwas, was mit unseren mitteleuropäischen Ansprüchen gerade nach der Aufklärung nicht kompatibel ist." Björn Höcke
- „Was heißt es, Deutscher zu sein? Welches Verhalten, welche Sitten und Gebräuche gehören hier her und welche nicht? Wo verläuft die Grenze zwischen dem Eigenen und dem Fremden? (...) Unsere Identität hat sich im Laufe vieler Jahrhunderte besonders aus den Traditionen des christlichen Abendlandes entwickelt. (...) Der Islam gehört hingegen nicht zu unserer Identität. Er hat unsere Geschichte und unser Selbstverständnis nicht geprägt." LTW-Programm AfD Sachsen-Anhalt

- Das niedersächsische AfD-Mitglied Jana Schneider, auch im Landesvorstand der dortigen Jungen Alternative (Jugendorganisation der AfD), forderte nach den Anschlägen von Paris auf ihrer Facebook-Seite: "Moscheen schließen, ausländische Muslime ausweisen, Konten einfrieren. Internetseiten lahmlegen. Systematische Hausdurchsuchungen. Grenzen dicht. Hassprediger in Haft nehmen."
- „Dazu gehört das Tragen des islamischen Kopftuchs. Bei ihm handelt es sich um ein religiös-politisches Symbol repressiver Strömungen im Islam und es steht für die Ungleichbehandlung der Frau. Die AfD setzt sich für ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst und in der Schule sowie für ein generelles Burkaverbot ein.“ LTW-Programm AfD BaWü
- „Die religiöse Betätigung von Zuwanderern hat sich vollständig im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bewegen und unsere Kultur und Gesellschaft zu respektieren. Sie darf nicht zur Bildung von Parallelgesellschaften beitragen, die wir ablehnen.“ LTW-Programm der AfD in RLP
- „Es gibt nur noch 64,5 Millionen Deutsche ohne Migrationshintergrund“ beklagt Höcke in Erfurt.

Entgegnung:

Die AfD zeichnet ein Zerrbild des Islam in Deutschland: Die überwältigende Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime sind gut integriert, verhalten sich gesetzestreu und bekennen sich zu unserer verfassungsrechtlichen Grundordnung. Weniger als ein Prozent der Muslime gilt hierzulande nach Einschätzung des Verfassungsschutzes als islamistisch. Wer pauschaliert, will ausgrenzen. Selbstverständlich muss der Staat Menschen, die sich zur Gewaltbereitschaft hin radikalisieren im Blick haben, muss mit Prävention dagegen angehen, Gefahren abwehren und Straftäter*innen zur Rechenschaft ziehen – seien es nun islamistische oder rechtsradikale Gewalttäter*innen.

Die AfD verlässt den Boden unserer Verfassung: Unser Grundgesetz verpflichtet den Staat zur religiösen und weltanschaulichen Neutralität: Keine Religion darf bevorzugt oder diskriminiert werden. Religionsfreiheit im Rahmen der gesetzlichen Ordnung gilt für alle, für Muslime genauso selbstverständlich wie für Christen oder Juden. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem 2. „Kopftuch-Urteil“ ausdrücklich klargestellt, „dass eine „Benachteiligung anderer als christlicher und jüdischer Religionsangehöriger (…) verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen ist“.

Grüne haben einen klaren Kompass: Wir Grüne stehen für Religionsfreiheit, für Pluralität, für Nichtdiskriminierung. Für Anhänger*innen aller Religionen und Weltanschauungen gilt: Ihre

Freiheit findet dort ihre Schranken, wo andere Grundrechte berührt oder eingeschränkt werden. Von allen Religionsgemeinschaften erwarten wir die Akzeptanz der Religionsfreiheit anderer, Akzeptanz der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, keine Toleranz von Antisemitismus, Rassismus und Homophobie, Achtung der demokratischen Willensbildungsprozesse und Entscheidungen und Beachtung der Rechtsordnung.

4.3 Gesellschaftspolitik

Die AfD vertritt ein erzreaktionäres Gesellschaftsbild. Zentral ist die Bevorzugung der heterosexuellen Ehe und der klassischen Rollenzuweisung an die Ehefrau und Mutter in der bürgerlichen Familie mit vielen Kindern, eine klare Ablehnung des Gender Mainstreamings und der Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Gelder für "Gender-Forschung" und entsprechende Projekte und Lehrstühle an Hochschulen will sie streichen. Insbesondere Gender Mainstreaming wird zum Symbol allen Übels. Es taucht in praktisch allen programmatischen Äußerungen auf. Gleich einem Fetisch wird es hoch emotional negativ aufgeladen – eine völlige Überbewertung eines eher selbstverständlichen und nicht kontroversen Prinzips. Prominente Mitglieder wie Beatrix von Storch unterhalten enge Kontakte in die christlich-reaktionäre Szene, zum Beispiel zur „Zivilen Koalition“ und der „Lebensschutz-Bewegung“.

Beispiele:

- „Wir wehren uns gegen lebensfremde Gesellschaftsexperimente, die den Wandel der Geschlechterrollen manipulieren und einen neuen, geschlechtsneutralen Menschen erschaffen wollen.“ LTW-Programm AfD Sachsen-Anhalt
- „Die an allen baden-württembergischen Universitäten und Hochschulen per Gesetz installierten sogenannten Gleichstellungsbeauftragten sollen angeblich die Chancengleichheit von Frauen und Männern garantieren. In Wahrheit führen sie – im Verein mit dem Instrument der Frauenquote – regelmäßig zur Diskriminierung von männlichen Stellenbewerbern. Die AfD fordert ihre ersatzlose Abschaffung.“ LTW-Programm AfD BaWü
- „Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine Willkommenskultur für Un- und Neugeborene ein und wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, sie staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem „Menschenrecht“ zu erklären.“ LTW-Programm AfD BaWü
- Homophobes Gedankengut hat es an vielen Stellen in das Landtagswahlprogramm in BaWü geschafft. So wird vor einer "volkserzieherische[n] Überhöhung von nicht heterosexuellen Menschen" gewarnt und über "gesellschaftlich kaum relevante

Konstellationen (LSBTTIQ)" geklagt, mit denen Schülerinnen und Schülern in BaWü nicht belästigt werden dürften. Auch Aufklärung über Transsexualität und Transgender ist der AfD ein Dorn im Auge: "Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind darin gestärkt wird, sein biologisches Geschlecht anzunehmen."

- „… die sog. Homo-Ehe lehnen wir aber ab. Das Recht auf Adoption muss Ehepaaren vorbehalten werden. Nur die Ehe zwischen Mann und Frau kann eine Familie begründen.“ LTW-Programm AfD Sachsen 2014
- Die Thüringer Landtagsabgeordnete Corinna Herold wollte von der Landesregierung wissen, wie viele homo-, bi oder transsexuelle Menschen in Thüringen lebten. Sie schien zu glauben, die Landesregierung müsse das doch überwachen…

Entgegnung:

Wer Antifeminismus und Homophobie unter dem Deckmantel des Schutzes der traditionellen Familie verpackt, schürt Ressentiments und Vorurteile. Und: übrigens **wovor** schützt die AfD die traditionelle Familie eigentlich? Zerbrechen Hetero-Beziehungen, wenn Frauen das gleiche Gehalt bekommen, oder wenn zwei Männer heiraten?

Die Würde jedes einzelnen Menschen vor Intoleranz, Diskriminierung und Gewalt zu schützen, muss ein Anliegen jeder demokratischen Partei sein. Wer Ehe und Familie als Einstehens- und Verantwortungsgemeinschaften wertschätzt, darf sich nicht dagegen sperren, dass auch andere Lebensgemeinschaften diese Werte leben wollen.

Gender Mainstreaming bedeutet, bei politischem oder Verwaltungshandeln die Auswirkungen auf Männer und Frauen zu berücksichtigen. Es zielt als Verwaltungsprinzip mitnichten auf die Aufhebung der Geschlechter ab, sondern auf die Verpflichtung der Förderung von Gleichstellung. Auf Ebene der Europäischen Union wurde der "Gender Mainstreaming"-Ansatz im Amsterdamer Vertrag 1999 verbindlich festgeschrieben. 2008 dann im Vertrag von Lissabon.

Wir Grüne setzen uns für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ein. Die Realität zeigt, dass es dafür Frauenquoten, Prinzipien wie das Gender-Mainstreaming und gesetzliche Vorgaben zur Antidiskriminierung braucht. Ohne solche Vorgaben wären wir in der Gleichberechtigung nicht dort angelangt, wo wir heute sind. Und es gibt noch eine Menge zu tun: Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer, sie sind in den Chefposten von Politik, Wirtschaft und Medien deutlich unterrepräsentiert und viel zu oft betroffen von (sexualisierter) Gewalt. Hier sollte die AfD ansetzen, statt zu versuchen, erreichte Erfolge im Sinne der Gleichberechtigung zurückzudrehen.

Und das Schwadronieren gegen die Pädagogik der Vielfalt und die Sexualerziehung zeigt, wie wenig der AfD das Wohl aller Kinder wichtig ist. Die vierfach höhere Suizidversuchsrate unter

homosexuellen Jugendlichen zeigt deutlich, dass die Schulen hier reagieren und die Betroffenen in ihrer Identität stärken müssen. Außerdem findet „Frühsexualisierung“ der Kinder heute oftmals unbeobachtet im Internet statt, nicht in der Schule. Es ist daher wichtig, dass sowohl Eltern als auch die Schule mit altersgerechten Informationen über menschliche Sexualität zur Seite stehen.

4.4 Medien und Demokratie

Die AfD inszeniert sich als einzige Stimme des Volkes gegen ein Kartell aus Altparteien und Medien. Sie wittert in Deutschland Zensur, vor allem durch „political correctness“, und sieht sich wahlweise vom „Staatsfeminismus“, der „68er-Generation“, einer „Gender-Ideologie“ oder „„Multikulti-Terror“ bedroht und unterdrückt.

Beispiele:

- „Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien, allen voran die Bundeskanzlerin, ziehen alle Register der Massenpsychologie und Massensuggestion, um die Bevölkerung zu täuschen. Sie werden darin von einer weitgehend gleichgeschalteten Medienlandschaft unterstützt.“ LTW-Programm AfD BaWü
- „Einen Rundfunk als Sprachrohr der etablierten Parteien lehnen wir ab.“ LTW-Programm AfD Sachsen-Anhalt
- „Ebenso haben wir uns 1989 das Recht auf Meinungsfreiheit nicht erkämpft, um es anschließend auf dem Altar einer abstrusen ‚politischen Korrektheit‘ zu opfern. (…) Deshalb treten wir Meinungsmonopolen und Meinungsmanipulation auf allen Ebenen entschieden entgegen.“ LTW-Programm Sachsen-Anhalt
- „Liebe Vertreter der Pinocchio-Presse,…“ Frauke Petry am 28.11.2015 auf dem AfD-Parteitag Hannover

Entgegnung:

Hier können wir der AfD nur entgegenhalten: Werfen Sie einen Blick in die Zeitungen oder auf die Besetzungen der Talkshows – da kommen alle, mit noch so kruden Ansichten, zu Wort, auch die AfD und selbst Vertreter*Innen von Pegida. Wir leben in einem Land, in dem Meinungsfreiheit ein hohes Gut ist und ein großes Maß an Meinungsvielfalt herrscht. Beispiel Integration: Seit zehn Jahren wird immer wieder groß und breit über Erfolg und Misserfolg von

Integration berichtet. Die Herren Sarrazin und Pirincçi konnten sich nicht gerade über zu wenig Aufmerksamkeit der Medien beschweren.

Wir vertrauen auf den Diskurs, ja, auch auf den demokratischen Streit. Wir stehen dazu, Debatten so zu führen, dass sie Menschen nicht verletzten, pauschal verurteilen oder zu Diskriminierung und Gewalt aufrufen. Das heißt für uns auch, dass wir rassistische Äußerungen auch als rassistisch benennen. Jeder Mensch ist ein Individuum, das nicht einfach auf eine Kultur, ein Geschlecht oder eine Herkunft reduzieren werden darf.

Meinungsfreiheit heißt, vor staatlichen Eingriffen geschützt zu sein. Niemand zensiert die AfD in ihren Äußerungen. Die AfDler*innen sehen aber die Meinungsfreiheit bereits verletzt, wenn man ihren Äußerungen widerspricht.

Genauso wie die kruden Thesen von Sarrazin durch die Meinungsfreiheit gedeckt sind, darf man sie als grottenfalsch, als rassistisch und ihn als Hetzer bezeichnen. Am Ende entscheidet die inhaltliche Auseinandersetzung und nicht die weinerliche Pose, die in jeder Kritik einen Maulkorb sieht.

Feedback und Rückfragen bitte an

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

arguhilfen@gruene.de